



Flüchtlingsrat fordert Abschiebungsstopp nach Angola

**Kritik an Innenministerium: „Abschiebung ist fahrlässige Tötung“
Warnungen des UNHCR in den Wind geschlagen
Abschiebungspolitik wird immer brutaler**

Trotz dramatischer Warnungen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen UNHCR sieht die nds. Landesregierung keinen Anlass, Abschiebungen für Flüchtlinge aus Angola wegen des mörderischen Bürgerkriegs in diesem Land auszusetzen. Zur Begründung verweist das niedersächsische Innenministerium ausgerechnet auf den veralteten Lagebericht des Auswärtigen Amtes von Juni des Jahres, dem zufolge eine Rückkehr nach Luanda sowie in bestimmte Küstenregionen zum damaligen Zeitpunkt noch als unproblematisch eingeschätzt wurde. Zwar habe man das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Innenministerkonferenz am 18./19.11.99 gesetzt. Ein Stopp bei Abschiebungen sei jedoch nicht erforderlich.

Der niedersächsische Flüchtlingsrat übt scharfe Kritik an dieser Haltung: „Die Landesregierung nimmt den Tod von Flüchtlingen fahrlässig in Kauf, wenn sie Abschiebungen weiterhin zulässt“, erklärte Norbert Grehl-Schmitt vom Vorstand der Organisation. Es sei zynisch, dies mit dem veralteten Lagebericht des Auswärtigen Amtes zu begründen, das nach wie vor nicht in der Lage sei, auf eine Veränderung der Situation zeitnah zu reagieren. „In früheren Zeiten hat das Innenministerium das Auswärtige Amt um eine Stellungnahme gebeten und Abschiebungen bis zum Eingang dieser Stellungnahme ausgesetzt“, so Grehl-Schmitt weiter. „Wenn es um Abschiebungsentscheidungen geht, spielen Menschenrechte offenbar kaum mehr eine Rolle.“

Die Warnungen des UNHCR sind deutlich: Angesichts der „katastrophalen humanitären und menschenrechtlichen Situation in Angola“ appellierte die Organisation bereits im September an die EU-Mitgliedstaaten, „Abschiebungen abgelehnter Asylsuchender nach Angola, einschließlich nach Luanda, vorübergehend so lange auszusetzen, bis klare und deutliche Fortschritte zu einer friedlichen Beilegung des Konfliktes in Angola vorliegen“. UNHCR sei „überzeugt, dass abgelehnte Asylsuchende, die zur Rückkehr gezwungen werden, schwerwiegenden Sicherheitsrisiken und unzumutbaren Notlagen ausgesetzt sind“.

Zur Begründung verweist UNHCR auf die aktuelle Situation in Angola: Beinahe jede größere Stadt befindet sich im Belagerungszustand. Es kommt zu erbitterten Artilleriegefechten zwischen Regierungstruppen und UNITA-Kräften. Der durch wahllose Erschießungen, Artilleriebeschuss, Hinterhalte, Infanteriegefechte und Landminen geprägte Krieg hat erneut Hunderte von Menschenleben gekostet. Beide Seiten zwingen auch Kinder zum Dienst an der Waffe. Fast 2 Millionen Angolaner sind Opfer von Vertreibungen innerhalb des Landes geworden, mehr als 300.000 Menschen haben Zuflucht in Nachbarstaaten gefunden. Viele Städte und Dörfer sind durch den Krieg und insbesondere durch Minenfelder von der Außenwelt abgeschnitten. Die Infrastruktur ist weitgehend zusammengebrochen, Hunger und Seuchen greifen um sich. Berichten zufolge sterben täglich mindestens 200 Angolaner allein an den Folgen von Unterernährung.

Die Stellungnahme von UNHCR kann beim Flüchtlingsrat abgerufen werden.